



Rundbrief

Oktober 2019



Der Nationalrat nach seiner letzten Sitzung der Legislatur 2015-19.

Bild Parlamentsdienste/Béatrice Devènes

EIN JAHRZEHT GEHT ZU ENDE – AUF ZU NEUEN UFERN

Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte haben Ende 2019 einen schwereren Stand als auch schon. Verhärtete politische Fronten sowie ein erneutes Populärwerden von Nationalismus und der sozialen Exklusion prägen die zu Ende gehende Dekade. Wie das Jahrzehnt geht heuer auch die Legislatur der Eidgenössischen Räte zu Ende. Ein Schwerpunkt dieses Rundbriefes befasst sich deshalb mit dem Zustand der bundespolitischen Demokratie. So berichtet SHV-Präsident Christoph Lanz von der diesjährigen SHV-Jahresveranstaltung. Am 4. September diskutierten da drei spannende Fachfrauen über die National- und Ständeratswahlen 2019, deren Transparenz und die Frage der Frauenvertretung.

Wie es das Parlament und die Regierung in der vergangenen Legislatur mit den Menschenrechten hatten, damit befasst sich Matthias Hui, Koordinator der NGO Plattform «Menschenrechte Schweiz», in seinem kritischen Gastkommentar.

Mit Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten beschäftigte sich auch die 9. Hauptversammlung der Civic Solidarity Platform (CSP), die im September in Warschau über die Bühne ging. SHV-Vize-Präsident Malcolm MacLaren war dabei und berichtet.

Ebenfalls einen Blick über die Grenzen richtet das Vorstandsmitglied und Russlandexpertin Franziska Rich. Auch in Russland sind Menschenrechte und Demokratie arg unter Druck. Trotzdem entschied der Europarat im Juni, die Russische Föderation von den verhängten Sanktionen zu befreien, die ihr aufgrund der Krim-Annexion auferlegt worden waren. Ein Entscheid, der erwartungsgemäss geteilte Reaktionen auslöste – auch innerhalb internationaler Partner wie der CSP. Beide Seiten kommen in diesem Rundbrief mit Stellungnahmen zu Wort.

Zum Schluss blickt Malcolm MacLaren zurück auf die Durchführung der Sommerschule «Challenge History 3». Diese fand dieses Jahr im nordmazedonischen Ohrid statt.

Wir hoffen, Ihnen gefällt der letzte Rundbrief des Jahres 2019. Wir wünschen Ihnen einen schönen Ausklang des Jahrzehnts. Die SHV wird auch im kommenden Dezennium ihre verfügbaren Kräfte dafür einsetzen, damit **Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte** nicht zu Auslaufmodellen verkommen, sondern die Wichtigkeit erhalten, die sie für den Frieden so elementar machen.

Wir bedanken uns für Ihre Treue.

Daniel Müller, Vorstandsmitglied SHV

NATIONALRATS- UND STÄNDERATSWAHLEN: ENTSPRECHEN SIE DEN STANDARDS DER OSZE?

Entsprechen die National- und Ständeratswahlen den Standards der OSZE? Diese Frage hat die SHV zum Thema ihrer Jahresveranstaltung vom 4. September gemacht. Drei Referentinnen haben sich zu drei Kernpunkten geäußert: **Transparenz, Vorbereitung, Frauenvertretung.**

Nationalrätin **Nadine Masshardt** spürt im Dialog mit den WählerInnen viel Misstrauen gegenüber der Politik. Ein wesentlicher Grund dafür: es besteht keine Transparenz, wer die Parteien und die KandidatInnen finanziert. Nur wenige sind bereit, die Spenden für den Wahlkampf offenzulegen. Das will die Transparenzinitiative ändern. Nach einer Vielzahl gescheiterter Versuche im Parlament soll die Volksinitiative mehr Licht ins Dunkel bringen. Sie will, dass Spenden ab Fr. 10'000.00 für Wahl- und Abstimmungskampagnen öffentlich gemacht werden müssen.



NR Nadine Masshardt

Bild SHV

Der Bundesrat lehnt die Volksinitiative ab und die ständerätliche Kommission beantragt nur einen minimalen Gegenvorschlag. Nadine Masshardt, Co-Präsidentin des Trägervereins der Volksinitiative, plädiert für mehr Transparenz bei der Politikfinanzierung. Das wird auch von den Wahlbeobachtern der OSZE und von der Staatengruppe gegen Korruption (GRECO) des Europarates gefordert. Die Schweiz ist eines der wenigen Länder, welches keinerlei gesetzliche Bestimmungen zur Transpa-

renz der Politikfinanzierung kennt. Einzig in einigen wenigen Kantonen und Gemeinden gibt es Ansätze dazu.

Barbara Perriard, Leiterin der Sektion Politische Rechte der Bundeskanzlei, weist darauf hin, dass verglichen mit den letzten Parlamentswahlen für den 20. Oktober 2019 wesentlich mehr Listen eingereicht und mehr KandidatInnen gemeldet sind. Dies stellt sowohl für die organisierenden Kantone und Gemeinden, aber auch für die Wahlberechtigten eine grosse Herausforderung dar. Die Bundeskanzlei bietet auf der Webseite www.ch.ch Informationen zu den Wahlen in einer möglichst einfachen Sprache an. Sie hat auch mit den Kantonen ein Dispositiv erstellt, sollten die Wahlen mit Cyberattacken konfrontiert sein. Die OSZE hat in ihrem Bericht vom 5. Juli 2019 einige positive Entwicklungen festgestellt. So müssen die Unterlagen drei Wochen vor dem Wahltag bei den Wahlberechtigten eintreffen. Zuvor waren es lediglich zehn Tage. Gleichzeitig bemängelt die OSZE, dass ihre Empfehlungen zur Transparenz der Kampagnenfinanzierung und zur gesetzlichen Verankerung von Wahlbeobachtungen nicht umgesetzt worden seien und dass Frauen im Parlament weiterhin untervertreten sind.



von links: Jessica Zuber, Christoph Lanz, Nadine Masshardt, Barbara Perriard

Bild SHV

Jessica Zuber ist Leiterin der Wahlkampagne „Helvetia ruft!“ des Frauendachverbands Alliance F. Ziel der Aktion ist es, deutlich mehr Frauen auf die Kandidatenlisten der Nationalratswahlen zu bringen – und zwar auf möglichst chancenreichen Plätzen. Alle Sektionen der kantonalen Parteien wurden angeschrieben und Frauen ermutigt, für ein Parlamentsmandat zu kandidieren. Damit die Parteien das politische Zeichen der Zeit verstehen,

wird ein entsprechendes Rating publiziert. Nach vorläufigen Erkenntnissen sind dadurch tatsächlich mehr Frauen aufgestellt worden. Ein besonderer Knackpunkt sind allerdings die Ständeratswahlen: der Frauenanteil beträgt hier gegenwärtig bloss 13%. Lediglich eine Ständerätin stellt sich zur Wiederwahl. Umso erfreulicher ist es, dass unterdessen in den meisten Kantonen mindestens eine Frau kandidiert. Jessica Zuber betont, dass in einer Demokratie möglichst alle Bevölkerungsgruppen angemessen im Parlament vertreten sein sollten, da dadurch bessere Lösungen erarbeitet werden können. „Helvetia ruft!“ will die Wahlberechtigten dafür sensibilisieren, mehr Frauen ins Parlament zu wählen.



Viel Gesprächsstoff für die SHV-Vorstandsmitglieder
Bild SHV

In der **Diskussion mit dem Publikum** wurden die Anliegen der Referentinnen nach mehr Transparenz der Politikfinanzierung und mehr Frauen im Parlament unterstützt. Ausserdem wurden verschiedene Themen im Zusammenhang mit den Parlamentswahlen angesprochen. Wir greifen hier einige stichwortartig heraus:

Spezielle Frauenlisten können je nach Gestaltung die Wahl von Frauen fördern, oder aber eine von Männern dominierte Hauptliste begünstigen. – Listenverbindungen sind zwar ein probates Mittel, um Stimmen zu verwerten, die Transparenz ist aber vor allem bei Unterlistenverbindungen äusserst zweifelhaft. – Die Wahlbeteiligung hat nach stetem Rückgang seit 1999 wieder etwas zugenommen, stagniert aber seit 2011 bei gut 48%. Sie hängt auch von der politischen Bildung ab, gerade bei jungen Wahlberechtigten. – Dass etwa ein Viertel der Wohnbevölkerung nicht wahlberechtigt ist, könnte durch das Ausländerwahlrecht oder eine leichtere Einbürgerung gemildert werden. – Die Standards der OSZE für Wahlen und die Wahlbeobachtungen sind positiv: sie ermöglichen einen Austausch und zeigen, wo die Schweiz fortschrittlich ist und wo sie sich noch verbessern kann.

Die SHV freute sich sehr über die positiven Rückmeldungen zur diesjährigen Jahresveranstaltung.

Christoph Lanz, Präsident SHV

MENSCHENRECHTE IN DER SCHWEIZ - AUF DIE NÄCHSTE LEGISLATUR SETZEN?

Eine Menschenrechtspolitik, die diesen Namen verdient, betrieb die Parlamentsmehrheit in der Legislatur 2015-2019 nicht. Es fehlte am Bewusstsein für die Dringlichkeit, an Sachverstand und Herzblut. Im Wahlkampf sind Menschenrechte kein Thema. Die Grundrechte stehen in der Bundesverfassung, heisst es im entscheidenden Moment. Dass die Schweiz und speziell Genf in der weiten Welt als Hort der Menschenrechte wahrgenommen werden, scheint – abgesehen von einigen Aufwendungen für die Aussen- und Standortpolitik – weiterhin fast gratis zu sein. *Gastkommentar von Matthias Hui, humanrights.ch*

Menschenrechtsthemen wurden sowohl in der Legislative als auch in der Exekutive mehr umschiffert statt angesteuert. Der letzte Beweis dafür am vorletzten Tag der Herbstsession 2019: Der Ständerat verschiebt die Beratung der Konzernverantwortungsinitiative kurz vor den Wahlen auf die nächste Legislatur. Dieser Entscheid folgte einem Störmanöver des Bundesrats, der kurzfristig eine Weichspülvariante ohne Haftungsregeln ins Spiel gebracht hatte. In der Schweiz der globalen Rohstoffkonzerne und Finanzinstitute, der Pharmakultis und Rüstungsfirmen stellt sich hier die eigentliche menschenrechtliche Gretchenfrage.

Ebenfalls zur unendlichen Geschichte ist die Schaffung einer Nationalen Menschenrechtsinstitution geworden. Seit zwanzig Jahren wird sie von Men-

schenrechtsorganisationen, ParlamentarierInnen, UNO-Menschenrechtsghremien und der OSZE/ODIHR gefordert. 2016 fällte der Bundesrat endlich einen Grundsatzentscheid und legte ein Jahr später einen Gesetzesentwurf vor. Nach dem Vernehmlassungsverfahren wird nun – nach jahrelangen Verzögerungen – voraussichtlich bald der Vorschlag für eine Einrichtung präsentiert. Die vorgesehene eine Million Franken Bundesmittel pro Jahr fällt dabei äusserst mager aus. Auch damit wird die geringe Bedeutung gegenüber der Menschenrechtspolitik abgebildet.

Dass dem Schutz der Menschenrechte im Bundesrat weniger Priorität gegeben wird, hat einen Namen: Ignazio Cassis. In seiner Aussenpolitischen Vision 2028 wird erschreckend manifest, wie wirtschaftli-

che Eigeninteressen privilegiert werden. Allerdings hat bisher auch Bundesrätin Karin Keller-Sutter als neue Justizministerin dem Menschenrechtsschutz kein grosses Gewicht beigemessen. Der Gesetzesentwurf für polizeiliche Massnahmen in der Terrorismusbekämpfung ritzt mit der Konzentration auf «Gefährder» und entsprechenden Einschränkungen der Freiheiten im vor-strafrechtlichen Bereich die Menschenrechte ausgerechnet in einem Feld, in dem das EDA Staaten wie Russland oder Ägypten in ihrem Kampf gegen den gewalttätigen Extremismus zurecht kritisiert.

Kohärenz ist nicht das Markenzeichen der derzeitigen schweizerischen Menschenrechtspolitik. Bemühungen zur Schaffung von wirksamen Querschnittsorganen für eine departementsübergreifende Menschenrechtspolitik stiessen auf Widerstand. Dabei wäre dies auch zur Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung notwendig. Schliesslich ist diese nicht zuletzt auch eine Menschenrechtsagenda und wird auf UNO-Ebene immer enger mit den Menschenrechtsverfahren koordiniert. Auch die intensivierten Beziehungen zu China machen eine einheitliche Bundespolitik dringlich: Eine menschenrechtliche Linie ist nicht erkennbar, wenn hier auf Anpassung an die ökonomischen Vorgaben der neuen Weltmacht gesetzt und dort die Hilf- und Wirkungslosigkeit der eigenen Menschenrechtspolitik etwa bei der Abschaffung der Todesstrafe oder der Unterwanderung des UNO-Menschenrechtsrats sichtbar wird.

Ein Schwerpunkt der verdienstvollen Menschenrechtsausserpolitik des EDA liegt in der Bekämpfung von Folter. Das Parlament hat sie kürzlich unterminiert: National- und Ständerat hiessen eine Motion gut, die die Ausschaffung von Terroristen aus der Schweiz in ihre Heimatländer verlangt, selbst wenn sie dort Gefahr laufen, gefoltert zu werden. Dieser Entscheid – in Missachtung zwingenden Völkerrechts – war menschenrechtlich der Tiefpunkt der Legislatur. Er hat aufgezeigt, wie dünn auch in der Schweiz das politische Eis sein kann, auf dem sich die Menschenrechtstradition bewegt.

Der menschenrechtlich wichtigste Moment der vergangenen Legislatur war ohne Zweifel die deutliche Niederlage der sogenannten «Selbstbestimmungsinitiative» der SVP im Parlament und vor allem an der Urne. Für einmal haben die PolitikerInnen aller anderen Parteien den Angriff auf die Menschenrechte auch als solchen benannt und mit vereinten Kräften abgewehrt. Klare Verhältnisse in der Argumentation und in der Abstimmung schuf die langjährige Kampagnenarbeit der Zivilgesellschaft. Auch Fortschritte im Kampf gegen die Dis-

kriminierung von LGBTI-Personen (etwa die Erweiterung der Anti-Rassismusstrafnorm) oder gegen die Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen (etwa im jüngsten Bundesratsbericht) haben ihre Wurzeln in der Arbeit der Selbsthilfe- und Menschenrechtsorganisationen.

Zivilgesellschaftliche Organisationen sind der Hebel zu einer stärkeren Gewichtung der Menschenrechte in der nächsten Legislatur. Die Konzernverantwortungsinitiative hat dank der klugen und breiten NGO-Trägerschaft gute Chancen an der Urne. Sie ist weit über ihren Kernbereich hinaus von grosser Bedeutung für die Stärkung menschenrechtsbasierter Politik. Dank der mit dem Frauenstreik wiedererstarkten Bewegung können Postulate im Bereich der Gleichstellung der Geschlechter, der Umverteilung von (Care-)Arbeit oder der Gewalt gegen Frauen – gerade auch im Rahmen der in der letzten Legislatur ratifizierten Istanbul-Konvention des Europarats – durchgesetzt werden. Die Klimastreikbewegung zeigt einer jungen Generation, dass Klimagerechtigkeit auf völkerrechtlichen Verpflichtungen basiert.

Mit nachhaltigem Druck aus der Gesellschaft und von Menschenrechtsorganisationen kann Menschenrechtspolitik in der nächsten Legislatur mehr Gewicht erhalten – hoffentlich mit einem menschenrechtsbewussteren Parlament. Dieses könnte sogar kleine Zeichen gegen den weltweiten Trend des erodierenden Menschenrechtsschutzes setzen. Gemessen werden wird der Erfolg aber nicht einfach an Parlamentsdebatten, Absichtserklärungen und UNO-Reden. Zu ihrem Recht kommen müssen konkrete Menschen: Jugendliche in Ausschaffungshaft, abgewiesene AsylbewerberInnen in Nothilfezentren, diskriminierte Transmenschen, alleingelassene ältere Personen, People of Colour bei Polizeikontrollen, alleinerziehende Frauen in Armut, Verwarhte ohne Prozess, Roma ohne Standplätze, AnwohnerInnen von Glencore-Minen, potentielle Opfer von schweizerischen Rüstungsgütern, die nach Saudiarabien exportiert werden. Sie

müssen im Bundeshaus ein Gesicht erhalten.



Matthias Hui, Mitarbeiter von humanrights.ch
Koordinator der NGO-Plattform Menschenrechte Schweiz

„THE EASTERN AUTUMN?“ – DAS IMPLEMENTIERUNGSTREFFEN ZUR MENSCHLICHEN DIMENSION UND DIE HAUPTVERSAMMLUNG DER CIVIC SOLIDARITY PLATFORM



Stiller Protest an der Hauptversammlung der Civic Solidarity Platform.

Bild Harry Hummel, NHC

Vor kurzem veröffentlichte die Economist-Zeitung eine Analyse zu den Protesten und Wahlen in Osteuropa. ‚The eastern summer‘ berichtete über die Angriffe in dieser Region auf Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, 30 Jahre nach der sogenannten Wende. So ähnlich könnte der Titel dieses Beitrags über das Implementierungstreffen zur Menschlichen Dimension der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE-HDIM) und die Hauptversammlung der Civic Solidarity Platform (CSP-HV), die im September in Warschau stattfanden, lauten.

Hinführung

Am jährlich vom Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) organisierten HDIM sollen die Fortschritte der OSZE-Staaten hinsichtlich der Implementierung ihrer Verpflichtungen in der menschlichen Dimension geprüft werden und soll der Zustand der Zivilgesellschaft in Europa und Nordamerika beurteilt werden. Parallel dazu findet die HV der CSP, eines Zusammenschlusses von NGOs im gleichen Bereich, statt, und zwar in diesem Jahr zum 9. Mal.

Wie in den Jahren zuvor konnte die SHV als Teil ihrer internationalen Zusammenarbeit ein Vorstandsmitglied an diese wichtigen Veranstaltungen entsenden. Die SHV-Teilnahme ermöglicht es, sich über die Achtung der Menschenrechte und die Verwirklichung rechtsstaatlicher und demokratischer Grundsätze in den OSZE-Staaten zu informieren. Desweiteren ergibt sich durch die Teilnahme die Möglichkeit, sich zur Situation in der Schweiz

zu äussern, sich v.a. mit Vertretern des ODIHR und weiteren Helsinki-Komitees zu vernetzen, und bestenfalls friedensfördernde Projekte zusammen einzugehen.

Eindrücke

Nochmal durfte ich für einige Tage an dem HDIM und der HV teilnehmen und berichte nun über meine Eindrücke. Vor allem zeichnete sich dieser Herbst als Zeit der Krise in Osteuropa aus. Dass Populismus, Nationalismus, Intoleranz, Xenophobie o.Ä. in der ganzen OSZE-Region zunehmen, ist wohl bekannt. Die Tatsache aber, dass Grundlagen der Menschenrechte und Demokratie nun ab- und offensichtlich von Regierungen in der ehemaligen Sowjetunion (UdSSR) verletzt werden, zeugt von einer noch grösseren Gefahr. Eine Antwort darauf muss die Stärkung unabhängiger Institutionen sein, u.a. des ODIHR oder der CSP.

Gleich am Anfang des HDIM, d.h. am 16. September im Eröffnungsplenum, führten CSP-Vertreter eine Protestaktion gegen die Politik der Moskauer Regierung durch. Das stille Tragen schwarzer T-Shirts mit dem Motto ‚Stop repressions in Russia‘ und ‚Freedom for political prisoners in Russia‘ vor anwesenden Staatenvertretern und internationalen Medien setzte ein Zeichen gegen die dortigen Einschüchterungsversuche und massiven Verletzungen von Grundrechten und -freiheiten. (Vgl. auch das begleitende Bild zu diesem Bericht.) Zusätzlich zu dieser Protestaktion gab es Unterstützung von weiteren CSP-Mitgliedern, inklusive der SHV, an der Öffentlichkeit.

In den folgenden Sessionen (sowie in den sog. ‚Side Events‘) meldeten sich immer wieder NGO-Vertreter mit Klagen u.a. über ihre mangelnde Meinungs- und Informationsfreiheit sowie die fehlende Unabhängigkeit der Justiz. Obwohl in den letzten Jahren die Regeln bzgl. der zivilgesellschaftlichen Teilnahme am HDIM auf Druck u.a. von der Türkei und Tadschikistan strenger geworden sind, beschrieben NGOs zahlreiche Fälle von staatlichen Einschränkungen des Handlungsspielraums für die Zivilgesellschaft in OSZE-Staaten ‚östlich von Wien‘ und riefen laut zum gemeinsamen Widerstand gegen diese Initiativen auf. (Weiter vgl. die Sitzungsberichte unter https://www.osce.org/odihr/hdim_2019.) Im Gegenzug gab es während der diesjährigen Sessionen seltener zwischenstaatliche Schlagabtausche, in denen Regierungsvertreter oder ihre GONGO (government organised non-governmental organisations) die Situation in anderen Staaten bemängelten.

Somit zeigt sich am HDIM ein starker Willen, feste Entschlossenheit und Bereitschaft unter den NGOs, solcher Politik zu trotzen und den Kampf für Menschenrechte, Demokratie, und Rechtsstaatlichkeit in der Region weiterzuführen. Mangels einer selbstkritischen Reflexion der einschlägigen Regierungen erwiesen sich jedoch die von mir besuchten ‚working sessions‘ (sic) als wenig konstruktiv. Ein sachlicher Dialog über Konzepte, Massnahmen und Reformvorschläge in der menschlichen Dimension fand zwischen den Vertretern von NGOs, Regierungen und OSZE-Gremien nur punktuell statt.

Im Gegensatz zum HDIM verlief die Hauptversammlung des CSP spannend und konstruktiv. Instituti-

onelle Fragen über die Gestaltung der Struktur, Entscheidungsfindung und Beteiligung bei diesem NGO-Zusammenschluss, die seine Effektivität in den letzten Jahren beeinträchtigt hatte, war durch vorherigen Kompromiss beantwortet worden. Dass das Sekretariat nun vom Niederländischen Helsinki Komitee geleitet wird, scheint auch neuen Schwung in die CSP gebracht zu haben.

Die HV-Diskussionen erwiesen sich sogar als zukunftsweisend, indem die zentralen Prioritäten unter den NGO-Mitgliedern für die kommenden Jahre bis zum 50. Jahrestag der Helsinki Schlussakte bewertet wurden. (Diese sollen laut einer Live-Umfrage die Förderung der Sensibilisierung gegenüber Menschenrechten und der Sanktionierung ihrer Verletzung beinhalten.) Dabei rückten Anliegen aus Osteuropa wie am HDIM in den Vordergrund. Die CSP soll sich laut einer weiteren Umfrage ‚more strongly confront value undermining by the Russian regime‘. Zwar gab es neue Unstimmigkeiten zwischen ukrainischen und russischen NGOs bzgl. der Krim, aber Mitglieder zeigten gegenseitige Unterstützung und Solidarität gegenüber häufigen Hilferufen (z.B. für verfolgte Journalisten oder Aktivisten aus der ehemaligen UdSSR). Alle wollten die CSP-Marke, -Netzwerk und -Kontakte in wirksamer Weise nutzen.

Unter den CSP-Organen leisten aber die verschiedenen ‚Working Groups‘ den grössten Einsatz. Die Westbalkan-Gruppe ist für die SHV besonders interessant: Diese hat sich in letzter Zeit in Bezug auf Vergangenheitsbewältigung sowie Menschenrechte und Friedensbildung als besonders aktiv erweisen. Dass Albanien den OSZE-Vorsitz 2020 übernehmen wird, sollte noch mehr Engagement und gemeinsame Bemühungen unter unseren Partnern mit sich bringen.

Schlussbetrachtung

Wie erklärt, fanden in diesem Herbst das HDIM und die HV v.a. im Zeichen der politischen Unterdrückung der Zivilgesellschaft in der ehemaligen UdSSR statt. Die Tatsache, dass am Empfang des Hotels, wo viele NGO-Vertreter übernachteten, eine grosse Uhr, die die aktuelle Zeit in Moskau zeigen sollte, stillstand, hat hoffentlich nicht mehr als eine ironische Bedeutung.

Malcolm MacLaren, Vizepräsident SHV

RUSSLAND ZURÜCK IM EUROPARAT ZERREISSPROBE FÜR CSP

Im Juni dieses Jahres hat die Parlamentarische Versammlung des Europarats (PACE) den Beschluss gefasst, die im Jahr 2014 wegen der Annexion der Krim gegen Russland verhängten Sanktionen wieder aufzuheben. Im Vorfeld kam es zu grundlegenden Diskussionen zwischen Gegnern und Befürwortern einer Beendigung der Sanktionen. Auch für die über 90 in der Civic Solidarity Platform (CSP) vereinigten europäischen Menschenrechtsorganisationen wurde die Frage zu einer echten Zerreissprobe. In einem waren und sind sich alle hingegen einig: Die aggressive und unnachgiebige Haltung Russlands in vielen Menschenrechtsfragen wird die Arbeit des Europarats noch längerfristig belasten.

Im Folgenden stellen wir die Argumente für und gegen eine Aufhebung der Sanktionen einander gegenüber. Die Position der Befürworter stammt aus Auszügen des Statements einer Initiativgruppe russischer und weiterer Menschenrechtsorganisationen vom Juni 2019. Zur Organisation gehören Yury Dhibladze und Olga Sacharova, zwei MitbegründerInnen der CSP. Eine konträre Sichtweise verfasste für uns freundlicherweise Krassimir Kanev, der Vorsitzende des Bulgarischen Helsinki-Komitees. *Franziska Rich, Vorstand SHV*

RUSSIA'S RETURN AS AN OPPORTUNITY

As many others in civil society organisations, parliaments and governments across Europe, we are extremely concerned about Russia's deplorable human rights and the rule of law record both inside the country and beyond its borders. However, we believe that actions aimed at pushing Russia out of the Council of Europe (CoE) are short-sighted. Driven by understandable anger (which we respect, as indeed the reasons for taking extraordinary steps with respect to Russia have not disappeared), these actions will not lead to what their proponents would like to achieve. We are convinced that Russia's departure from the CoE would not stop human rights violations and halt the authoritarian backslide in the country, or prevent Russian government's aggressive behaviour in the international arena. In particular, it would by no means contribute to the resolution of the conflict in Eastern Ukraine... Instead, it would have irreversible consequences, putting an end to a difficult struggle of Russian society to make the country an important part of Europe on the basis of shared values of democracy, rule of law and respect for human rights. In the case of Russia's departure from the organisation, the Assembly and the Council of Europe in general would lose even the existing limited opportunities to influence the situation of human rights and the rule of law in Crimea and the territories of Donbas that are currently not controlled by Ukraine, as well as inside Russia.

We recognise and deeply regret the fact that Russia has taken very little, if any, steps to address the Assembly's demands with regard to the situations in Crimea and Donbas, except for a recent decision by Moscow to invite the Commissioner for Human Rights to visit Crimea – just one of many demands that we and other stakeholders have put forward. But we believe that the possible return of

the Russian delegation to PACE should not be regarded as a retreat from these demands and a return to 'business as usual'...



Olga Sacharova und Yury Dhibladze, CSP Bild zVg

Firstly, the continued membership of Russia in the CoE should be actively used by all concerned parties as an opportunity to build up stronger pressure on Russia to ensure implementation of its obligations. The PACE should much more actively use all the other tools it already has, such as the monitoring procedure, thematic reports and resolutions, posing questions to the Committee of Ministers and prompting it to apply Article 46 in the cases of persistent non-implementation of judgments of the European Court of Human Rights by Russia.

Secondly, the current crisis should lead to a critical review and an upgrade of the CoE's toolbox to address grave and systemic violations of the organisation's norms by member states. In this regard, follow-up to the Committee of Ministers' proposal to develop a new procedure for a coordinated response to such situations, including a decision on suspension or expulsion of a member state should be prioritized.

Developing the two abovementioned lines of action... would demonstrate that the PACE has not just resorted to a short-term tactical solution to the crisis... but, on the contrary, is working on a

longer-term strategy of responding to violations committed by Russia, and, potentially, by any other member states.

Olga Sacharova und Yury Dhibladze

WRONG MESSAGE TO OTHER WRONGDOERS IN EUROPE

The resolution of 25 June 2019 restoring the voting rights of the Russian delegation in the Parliamentary Assembly of the Council of Europe turned a tragedy into a farce. The PACE withdrew these rights in April 2014 with Resolution 1990 because of the annexation of Crimea and due to the sharp deterioration of the human rights situation on the peninsula. But the call fell on deaf years from the start as Russia rushed with swift administrative, financial and security measures to integrate Crimea into its territory. The 25 June resolution came when this process was almost complete – six months after the completion of the security fence marking the de facto border between Crimea and Ukraine. No one in the Russian political establishment had even a slightest thought of addressing the PACE criticism, as well as that of the international organisations and states, which imposed economic sanctions on Russia for its breach of international law. Moreover, it escalated its aggressive policies against Ukraine outside of Crimea, in Donetsk and Luhansk. In 2016, two years after the annexation, Human Rights Watch declared that the Russian authorities had imposed „a pervasive climate of fear and repression in Crimea“, accompanied with actions of pro-Russian paramilitary groups implicated in torture, extra-judicial killings, enforced disappearances, and beatings. Since 2016 the Russian parliament stopped submitting its PACE delegation's credentials for ratification in protest against the deprivation of its voting rights, and since 2017 the Russian government stopped paying its membership fees threatening withdrawal from the Council of Europe.



Krassimir Kanev Bild zVg

On 25 June Russia was awarded not only a restoration of the voting rights of its delegation to PACE. This happened, on Russia's explicit demand, through a resolution, introducing changes in the rules, according to which the Assembly would not be able to undertake such measures in the future at all. The resolution and the discussion leading up to it in effect dealt a serious blow on the credibility of the Council of Europe and on its role as a watch-dog of democracy, rule of law and human rights. The process was a vivid example of the "old diplomacy", based on patronage, on respect for the force, rather than for the law, and on double standards. It is hard to imagine PACE submitting to such a manifest arrogance, threats and blackmail in a similar situation of a weaker member state.

When one thinks of the effects of such a decision on Ukrainian society, and especially on those segments of it that are pro-European, and the message it sends to other wrongdoers in Europe, the situation becomes even more depressing. Perhaps the only consolation comes from possible effects of the Russia's continuous membership in the Council of Europe, which some PACE delegates and some Russian human rights defenders highlighted when they pleaded for restoration of the voting rights. The continued membership may bring the long-expected judgments of the European Court of Human Rights on interstate and individual applications, which are supposed to give publicity to the facts of the Russian actions against Ukrainians and their critical assessment of this authoritative human rights body. It may also give meaning to the work of the Russian human rights defenders in using the Council of Europe human rights protection mechanisms. Their invocation in this light is fully understandable and should not be criticized in a way we ought to criticise those who voted on the Russian demands in the early morning of 25 June.

Krassimir Kanev, Helsinki Komitee, Bulgarien

DIE SOMMERSCHULE ‚CHALLENGE HISTORY 3‘: JUGENDBILDUNG BESONDERER ART



“Challenge yourself as well as history.” – Teilnehmer aus BiH

Bild Malcolm MacLaren

Ausgangslage

Im letzten Rundbrief haben wir das Konzept und den Hintergrund dieser Sommerschule vorgestellt. Sie ist die Hauptveranstaltung des sog. ‚Challenge History‘, eines jährlich stattfindenden Bildungsprojekts für Jugendliche im Westbalkan (WB). Die Sommerschule sowie das Projekt als Ganzes sollen durch Vergangenheitsbewältigung zu künftiger Inklusivität, Pluralismus und Frieden in der Region beitragen. Somit entsprechen sie u.a. der neueren ‚Declaration on the Role of Youth in Contribution to Peace and Security Efforts‘, die von der OSZE-Ministerkonferenz im Dezember 2018 verabschiedet wurde.

Organisation

Die Schweizerische Helsinki Vereinigung (SHV) ist primäre Partnerorganisation des ‚Challenge History‘ Projekts, zusammen mit dem Forum Ziviler Friedensdienst (forum ZFD). In diesem Jahr wird die dritte Ausgabe (CH3) vom Mazedonischen Helsinki Komitee (MHC) geleitet.

Zusätzlich zur SHV, dem forum ZFD und dem MHC wird das Projekt mit erfahrenen Nichtregierungsorganisationen aus Bosnien und Herzegowina (BiH), Kosovo, Serbien, und nun auch Montenegro (MNE) (sog. ‚regional implementing partners‘) durchgeführt. Beim CH3 sind das War Childhood Museum in Sarajevo (BiH) und die Grammar School Slobodan

Skerović in Podgorica (MNE). Alle setzen sich stark für dauerhafte Aussöhnung im ehemaligen Jugoslawien ein.

In diesem Jahr, wie im letzten, wurde die Sommerschule logistisch von einem Team aus Heranwachsenden ermöglicht, die aus den jeweiligen Ländern kommen und bereits an vorherigen Sommerschulen usw. teilnahmen. Dies u.a. zeigt in erfreulichem Masse die Nachhaltigkeit des Projekts.

Ablauf

Vom 15.-21. Juli 2019 wurde die Sommerschule in einem Pfadiheim in Ohrid (NMK) durchgeführt. 29 ausgewählte MittelschülerInnen aus den fünf Ländern nahmen daran teil. Eine neugierige, gesprächige, und risikobereite Natur kennzeichnete die 17-18-Jährigen, wovon mehrere schon Erfahrung in der interkulturellen Zusammenarbeit hatten. Mit Hilfe von hiesigen Trainern setzten sie sich mit der Geschichte der Region und daraus entstandenen Feindbildern und Spannungen zwischen Bevölkerungsgruppen auseinander – Das Motto ‚REACT FOR THE FUTURE: Reflection, Education, Action, Commitment, Together‘!

Hauptmerkmale des Sommerschulprogramms in Ohrid waren altersgerechte, regional orientierte, und auf informeller Bildung basierende Sessions, in denen sich die Jugendlichen mit Vergangenheit, Identitäten und Kulturen, sog. ‚public narratives‘,

sowie dem allgemeinen Bürgersein unmittelbar auseinandersetzen konnten. Aufgrund des Schwerpunkts vom MHC wird beim diesjährigen Projekt ein stärkeres Gewicht auf Menschenrechte gelegt. Einige Trainer schilderten daher die Erfahrungen von Frauen in den neueren Konflikten sowie die aktuelle ethnische Diskriminierung im WB. Um aktuellen Anliegen Rechnung zu tragen (v.a. den Beitrittsverhandlungen zwischen der Europäischen Union und NMK, sowie dem Prespa-Abkommen über den Namensstreit zwischen Griechenland und NMK), gab es Diskussionen mit Vertretern der EU bzw. der mazedonischen Regierung. Diese erwiesen sich als besonders lebendig.



Das Sommerschulprogramm schloss letztlich ein paar Ausflüge in der Nähe ein: Wie die früheren Austragungsorte der Sommerschule in Mostar und Prizren, ist Ohrid eine multiethnische, symbolträchtige und sehenswerte Stadt. Auch durch die Ausflüge sollte das Bewusstsein der Teilnehmenden für die Vielschichtigkeit und die Aktualität der Vergangenheit gefördert werden.

Zur Zeit wird an einem Toolkit mit Materialien gefeilt, die die Trainer für die Sessionen vorbereiteten, sowie an einem Kurzdokumentarfilm, den die Teilnehmenden selbst während der Schulwoche drehten. Mittlerweile sind weitere Informationen und nähere Eindrücke von der Sommerschule, innerhalb und ausserhalb der Unterrichtsstunden, den Testimonials und Fotos unter <https://www.facebook.com/challengehistory/> zu entnehmen.

Folgeaktivitäten

Ein weiteres Ziel der Sommerschule war es, die Jugendlichen zu ermutigen, sich für grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu engagieren. Während der Sommerschule wurden Folgeaktivitäten geplant, die nun in den Gemeinden der jeweiligen Länder durchgeführt werden. Dadurch sollen weitere Personenkreise im WB vom Projekt und seiner

Botschaft erfahren und die Sichtbarkeit dieser exemplarischen Zusammenarbeit erhöht werden.

So sollen im Herbst Teilnehmende der Sommerschule als ‚Peer Educators‘ und ‚Facilitators‘ Präsentationen in Schulen und öffentliche Podiumsdiskussionen in der Region veranstalten. Die erste Folgeaktivität fand schon Mitte September in Kanj (BiH) statt, mit Hilfe der regionalen Durchführungspartner United World College Mostar und War Childhood Museum. Das Thema ihres Workshops war die Verhinderung der Abwanderung von Hochqualifizierten und der Wiederaufbau des Heimatlands: beides ein grosses Anliegen für Jugendliche in der Region.

‚Challenge History 4‘

Der SHV-Vorstand ist vom Sinn und der Wirkung des ‚Challenge History‘ Projekts bzw. der Sommerschule zutiefst überzeugt. Auch die diesjährige Sommerschule konnte beweisen, dass kritisches Denken und konstruktive Debatten über die regionale Vergangenheit sowie die Förderung grenzüberschreitender Kontakte zu Verständigung und Austausch unter Jugendlichen aus verschiedenen Bevölkerungsgruppen beitragen. Folglich ist eine Fortsetzung von CH 2020 geplant. Das Projekt wird dann vom Helsinki Komitee für Menschenrechte in Serbien geleitet, das bisher ein regionaler Durchführungspartner war.



Vielen Dank

Hauptsponsoren der Sommerschule bzw. des CH3 sind der Western Balkans Fund (WBF), das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) sowie die Schweizer Botschaft in Skopje. Dafür ist die SHV sehr dankbar, aber auch für die Spenden von Ihnen, verehrten LeserInnen. Diese Unterstützung hat das Projekt möglich gemacht. Wir hoffen sehr, dass sich für nächstes Jahr Sponsoren finden lassen.

Malcolm MacLaren, Vizepräsident SHV

SPENDENAUFTRUF

Die SHV führt ihre Aktivitäten im Westbalkan und in der Schweiz fort. Die Mitglieder des Vorstandes arbeiten mit viel Energie an den Projekten. Wir brauchen aber auch finanzielle Mittel dazu. Deshalb bitten wir Sie um eine kleine oder grössere Spende und danken Ihnen schon jetzt herzlich dafür.

PC-Konto 80-60501-5 Schweizerische Helsinki Vereinigung, Bleicherain 7, 5600 Lenzburg
Vermerk Spende / IBAN CH03 0900 0000 8006 0501 5

SHV-VORSTAND

Christoph Lanz, Dr.iur., LL.M., ehem. Generalsekretär der Bundesversammlung, *Präsident*
christoph.lanz@shv-ch.org

Malcolm MacLaren, Dr.iur., Privatdozent Universität Zürich, *Vizepräsident*
malcolm.maclaren@uzh.ch

Mario Andermatt, M.A. Europastudien, Wissenschaftlicher Mitarbeiter UVEK
andermatt.mario@gmail.com

Olivier Battaglia, B.C. Industrial and Organisational Psychology, dipl. Wirtschaftsinformatiker, CISA, CIA, CGAP, Grossrat Basel-Stadt, *Quästor* - *olivier.battaglia@gmail.com*

Cécile Blaser, M.A. Europastudien, Diplomassistentin des Fachbereichs Europastudien der Universität Fribourg - *cecile.blaser@unifr.ch*

Fabian Hunold, lic.phil., Diplomat
fabianhunold@gmail.com

Marie-Ursula Kind, lic.iur., LL.M., stud. theol., ehemalige Juristische Mitarbeiterin am ICTY
marie.ursula.kind@gmail.com

Berry Kralj, lic.iur., Programme Director Western Balkans & Romania, Intl. Cooperation Section, Caritas Schweiz - *berrykralj@bluewin.ch*

Daniel Müller, M.A. Europastudien, Wissenschaftlicher Mitarbeiter Kanton Zürich
daniel.mueller@alumni.unifr.ch

Franziska Rich, dipl.phil. II, ehem. Leiterin der Entwicklungszusammenarbeit mit Russland im Institut G2W-Ökumenisches Forum - *franziska.rich@gmail.com*

Nicholas Rüegg, B.A. in Übersetzung und mehrsprachiger Kommunikation, Mitarbeiter Parlamentsdienste PD
nicholas.rueegg@unifr.ch

Hanspeter Spörri, Journalist und Moderator
h.spoerri@bluewin.ch

Rolf Stücheli, Dr.phil. lic.rer.publ. HSG, Historiker und Politologe, ehem. Minister EDA
roky.stuecheli@bluewin.ch

Hans Martin Tschudi, Dr.iur., ehem. Regierungsrat BS, Senior Counsel, TSCHUDI. Rechts- & Unternehmensberatung - *tschudi@tschudi-law.ch*

EHRENPRÄSIDIUM

Marianne von Grünigen, Dr.iur. LL.M., a. Botschafterin

SCHWEIZERISCHE HELSINKI VEREINIGUNG SHV

SHV-Sekretariat, Netzwerk Müllerhaus, Bleicherain 7, CH-5600 Lenzburg
062 888 01 75, *info@shv-ch.org*; *www.shv-ch.org*

